Bekanntgabe

Die Poels Schweinezucht GmbH Am Wald 1 in 98639 Rippershausen, stellte beim Thüringer Landesamt für Umwelt, Bergbau und Naturschutz (TLUBN) den Antrag auf eine Genehmigung nach § 16 BImSchG zur wesentlichen Änderung der Anlage zum Halten von Sauen (Sauenzuchtanlage) am Standort im Landkreis Schmalkalden-Meiningen, 98639 Rippershausen, Am Wald 1, Gemarkung Walldorf.

Es handelt sich um ein Vorhaben, für welches nach Anlage 1 Nr. 7.8.1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls zu erfolgen hat.

Das geplante Vorhaben besteht aus:

- Abriss Stall A2 und A3 und Ersetzung durch Ersatzneubau A2 mit 482 TPL für Wartesauen, 236 TPL für Sauen im Deckbereich sowie 4 Eber-plätze (Σ 722 TPL)
- Ausrüstung des Ersatzneubau A2 mit einer zentralen Ablufführung und einer Abluftreinigungsanlage der Fa. Uniqfill Air BV – biologischer Rieselbettreaktor BioCombie (DLG Prüfbericht Nr. 6178)
- Umnutzung der Bergehalle F10 als Außenklimastall mit 78 TPL für den kurzzeitigen Aufenthalt (3 – 5 Tage) von Altsauen vor der Eingliederung in das Deckzentrum während der Rausche
- Reduzierung der Tierplatzkapazität im Stall A4 von 386 Sauenplätzen und 4 Eberplätzen auf 322 Sauenplätze mit Freilaufflächen
- Abbruch einer Lagerhalle (Gebäude 10.3) und der Pumpwerke Pw3 und Pw4
- Umnutzung des Lagerraums 5.3 zum Pumpenhaus

Gemäß § 5 Abs. 2 UVPG wird bekannt gegeben:

Aufgrund der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 9 Abs. 2 UVPG wird festgestellt, dass die Anlage keine erheblichen nachteiligen Umwelteinwirkungen hervorrufen kann und somit keine UVP-Pflicht besteht. Nach Prüfung der Kriterien der Anlage 3 zum UVPG ergibt sich dies im Wesentlichen aus folgenden Gründen:

Mit dem geplanten Abriss zweier Ställe und den dafür vorgesehenen Ersatzneubau sowie der Umnutzung einer Bergehalle zum Außenklimastall ändern sich die Tierplatzzahlen nicht. Bei den von der Anlage ausgehenden Lärmemissionen gibt es keine Änderung gegenüber der Genehmigungssituation.

Das Vorhaben liegt außerhalb eines FFH und EG-Vogel-Schutzgebietes, somit in keinem NATURA 2000 Gebiet.

Die Anlage liegt in keinem Trinkwasserschutz- und keinem Überschwemmungsgebiet.

Mit Immissionsprognose Nr. 156/2010-4 zum GB 04/09 wurde ausgewiesen, dass die Immissionswerte für Geruch an den Immissionsorten sicher eingehalten und unterschritten werden und dass keine Anhaltspunkte für das Vorliegen erheblicher Nachteile durch die Schädigung empfindlicher Pflanzen u. Ökosysteme auf Grund der Einwirkung von Ammoniak vorliegen. Dem Prognosegutachten liegt ein Geruchsemissionsmassenstrom von 193 MGE/h zugrunde, der 24,7 MGE/h über dem für den Plan-Zustand prognostizierten Emissionsmassenstrom von 168,3 MGE/h liegt, so dass auch weiterhin davon ausgegangen werden kann, dass die Immissionswerte an den Immissionsorten eingehalten werden. Die Ammoniakemissionen reduzieren sich im beim geplanten Vorhaben im Vergleich zum Ansatz in der Prognose zum Genehmigungsbescheid Nr. 04/09 vom 16.05.2011 um 20 %, so dass auch weiterhin keine Anhaltspunkte für erhebliche Nachteile durch anlagenbedingte Ammoniakimmissionen und Stickstoffeinträge in die umliegenden naturschutzrechtlich geschützten Bereiche oder Schutzgebiete bestehen.

Die zu erwartende Staubbelastung ist an den maßgeblichen Immissionsorten als irrelevant anzusehen.

Im bestimmungsgemäßen Betrieb sind voraussichtlich keine erheblichen umweltrelevanten Auswirkungen auf die Allgemeinheit und die Nachbarschaft sowie Boden, Wasser, Klima, Landschaft, Schutzgebiete, Menschen, Pflanzen und Tiere einschließlich der Wechselwirkungen und auf Kultur- und sonstige Sachgüter zu erwarten.

Beim bestimmungsgemäßen Betrieb der Schweinezuchtanlage sowie regelmäßiger Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen ist ein Havariefall unwahrscheinlich.

Ein negatives Zusammenwirken mit anderen bestehenden Vorhaben kann ausgeschlossen werden.

Aufgrund der Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles nach UVPG wird unter Berücksichtigung der Kriterien der Anlage 3 zum UVPG i.V.m. § 9 UVPG festgestellt, dass mit dem geplanten Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 5 Abs. 3 UVPG diese Entscheidung nicht selbstständig anfechtbar ist. Die Entscheidungsgründe sind der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen des Thüringer Umweltinformationsgesetzes (ThürUIG) im Thüringer Landesamt für Umwelt, Bergbau und Naturschutz, Referat 61, Göschwitzer Str. 41, 07745 Jena zugänglich.

Diese Bekanntgabe wird auch auf der Homepage des TLUBN (www.tlubn.thueringen.de) unter „Amtliche Bekanntmachungen“ veröffentlicht.

Jena, den

Thüringer Landesamt für Umwelt, Bergbau und Naturschutz
Der Präsident
in Vertretung

Andrea Manz